



Nr. 34

15. September 2016

## Inhalt

[Dauderstädt: Soziale Frage entscheidet über Zukunft der EU+++](#)

[Protestkundgebung der Beschäftigten](#)

[Stadt Naunhof: Eine Woche Streik-Pause?+++](#)

[Berufskongress: Soziale Arbeit stärker wertschätzen+++](#)

[Kindertagesbetreuung: Qualität gibt es nicht zum Null-Tarif+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Koalitionsverhandlungen in M-V](#)

[Knecht: Schluss mit besoldungstechnischen Experimenten+++](#)

[tbb im Gespräch über Verwaltungsreform+++](#)

[Ladebeck: Schluss mit der "Gutachteritis"+++](#)

[VBE unterstützt Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“+++](#)

[VRFF lädt Seehofer zu Diskussion über ARD und ZDF ein+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Dauderstädt: Soziale Frage entscheidet über Zukunft der EU

**(dbb) Mehr sozialpolitische Anstrengungen in Europa fordert der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. "Die Europäische Integration wird scheitern, wenn ihr soziale Gerechtigkeit fehlt, die die Menschen auch als solche wahrnehmen können", erklärte der dbb Chef im Vorfeld einer Diskussionsveranstaltung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) am 12. September 2016 in Berlin. Der EWSA hatte zusammen mit der Europäischen Kommission in Deutschland und der Europäischen Bewegung Spitzenvertreter der deutschen Zivilgesellschaft eingeladen, um über die "Europäische Säule sozialer Rechte" zu diskutieren, eine Initiative der EU-Kommission.**

Viele Menschen hätten das Gefühl, dass die Globalisierung zu brutal sei und für das eigene Leben nichts Gutes bedeute, erläuterte der dbb Bundesvorsitzende.

"Auch hier in Deutschland müssen wir bei den jüngsten Wahlen beobachten, dass die Kräfte massiv an Zustimmung gewinnen, die Ängste bedienen und die Lösung in der Abschottung gegenüber der Welt sehen." Das sei aber nicht die Lösung, so Dauderstädt weiter. "Europa muss sozialer werden." Gleichzeitig warnte er vor einem Aufweichen des Subsidiaritätsprinzips: "Wesentliche Fragen der Sozialpolitik liegen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Das muss auch so bleiben." Die EU habe dennoch einen großen Spielraum: "Die Union

kann und muss Mindeststandards setzen. Wir müssen verhindern, dass es einen Wettbewerb nach unten gibt."

Wichtig seien deshalb sozialpolitische Leitplanken auf europäischer Ebene. "Überall in der EU müssen die Rechte der Sozialpartner geachtet werden. Zudem dürfen grundlegende Arbeitsschutzstandards und Arbeitnehmerrechte nicht Opfer eines ruinösen Wettbewerbs um die kostengünstigsten Arbeitsbedingungen werden." Der dbb werde den Vorschlag der EU-Kommission kritisch-konstruktiv begleiten, erklärte der dbb Chef.  
(01/34/16)

## Protestkundgebung der Beschäftigten Stadt Naunhof: Eine Woche Streik-Pause?

**(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat im Tarifkonflikt in Naunhof eine einwöchige Streik-Pause in Aussicht gestellt. „Wir haben zuletzt endlich positive Signale von der Arbeitgeberseite erhalten. Leider zu unkonkret, um den aktuellen dreitägigen Streik auszusetzen. Aber auch wir wollen guten Willen zeigen und werden mit den Streiks in der kommenden Woche pausieren, wenn sich die guten Zeichen verdichten“, sagte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, am 14. September 2016.**

Damit solle der Arbeitgeberseite die Gelegenheit gegeben werden, ihr Innenverhältnis zu regeln und die Anforderungen für eine längere Streikunterbrechung zu erfüllen: „Erstens muss die Arbeitgeberseite schriftlich zusagen, umgehend mit uns Verhandlungen über den Abschluss eines Tarifvertrages zu führen. Zweitens brauchen wir ein konkretes Angebot als Grundlage für diese Tarifverhandlungen“, so Russ. „Seit November 2015 kämpfen die Beschäftigten und wurden immer wieder hingehalten. Damit wurde viel Vertrauen zerstört. Daher reichen inoffizielle Absichtserklärungen des Stadtrates, wie sie zuletzt in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, nicht aus.“

Am 15. September 2016 versammelten sich die Beschäftigten zu einer kreativen Protestaktion auf dem Naunhofer Marktplatz: Sie malten

ihre Forderungen mit bunter Kreide großflächig auf den Platz. „Unsere Botschaft scheint ja immer noch nicht überall angekommen zu sein. Deshalb platzieren wir sie nochmal etwas prominenter“, so Willi Russ.

**Hintergrund**  
Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück.  
(02/34/16)

## Berufskongress: Soziale Arbeit stärker wertschätzen

**(dbb) Mehr Wertschätzung für die Soziale Arbeit hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gefordert. Der gewerkschaftliche Dachverband stehe an der Seite der Beschäftigten, wenn es darum gehe, ihnen die "zustehende, oftmals aber vorenthaltene und dann schmerzlich vermisste Wertschätzung" zu verschaffen und der Sozialen Arbeit mehr Gewicht zu verleihen, sagte Dauderstädt beim 4. Berufskongress Soziale Arbeit am 8. September 2016 in Berlin.**

Der Kongress (bis 10. September) wurde gemeinsam vom Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit (DBSH) unter dem Dach des dbb, vom Förderverein für Soziale Arbeit (FSA) und der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) ausgerichtet und stand unter dem Motto "Beides oder nichts!? Theorie und Praxis zusammenführen".

Der dbb bleibe nicht bei der Theorie von frommen Wünschen, sondern kämpfe mit dem DBSH gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen in der Praxis, machte der Bundesvorsitzende deutlich. "Dazu gehört vor allem eine ausreichende Personalausstattung. Unterbesetzung führt zu Überbelastung." Und dazu zähle auch eine angemessene Bezahlung "die wir nicht nur in Lohnrunden linear, sondern in den Entgeltordnungen zu den Manteltarifverträgen und in den Stellenplänen für Beamte durchzusetzen haben". Beim DBSH stünden

das Eintreten für die Profession Soziale Arbeit und die berufspolitische Ambition im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen nebeneinander. Mit den Zielen Respekt vor dem Individuum, mehr Gerechtigkeit im Lande und hoher Stellenwert der Solidarität, die den Ethik-Katalog des DBSH prägen, könne sich der ganze dbb identifizieren, versicherte Dauderstädt.

Der DBSH ist der größte deutsche Berufs- und Fachverband für Soziale Arbeit und damit berufsständische Vertretung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Als Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion genießt der DBSH den Status einer tariffähigen Gewerkschaft.  
(03/34/16)

## Kindertagesbetreuung: Qualität gibt es nicht zum Null-Tarif

**(dbb) Angesichts der steigenden Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung hat die dbb bundesfrauenvertretung höhere Qualitätsstandards bei der Betreuung sowie bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher gefordert.**

"Der Druck auf die Kommunen, mehr Qualität in die Kitas zu bringen, kommt zunehmend auch von Seiten der Eltern. Die wünschen sich die bestmögliche Betreuung für ihre Kinder. Vor allem den ganz Kleinen unserer Gesellschaft, den Ein- bis Dreijährigen, muss eine altersgerechte Förderung zukommen", erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 12. September 2016. "Aber: Qualität gibt es nicht zum Null-Tarif."

Die Betreuungsqualität in Kitas zu erhöhen sei nur möglich, wenn ausreichend gut qualifizier-

tes Personal zur Verfügung stehe und dessen Belange Berücksichtigung fänden. "In der ganzen Debatte dürfen wir die Erzieherinnen und Erzieher nicht vergessen. Die Qualität der Kinderbetreuung steht und fällt mit ihrer Qualifikation, aber vor allem auch mit ihrer Motivation und Gesundheit. Gut ausgestattete Kindertagesstätten, ein funktionierendes Gesundheitsmanagement und attraktive Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung sind dafür ebenso wichtig wie eine angemessene Bezahlung."  
(04/34/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Koalitionsverhandlungen in M-V Knecht: Schluss mit besoldungstechnischen Experimenten**

**(dbb) „Der dbb mecklenburg-vorpommern erwartet motivierende Bestandteile für das Personal des öffentlichen Dienstes im neuen Koalitionsvertrag.“ Das machte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 8. September 2016 klar. Der dbb m-v habe den künftigen Koalitionären entsprechende Eckpunkte übermittelt, so Knecht.**

Zu den Forderungen gehören die Überprüfung des Landespersonalkonzeptes mittels Aufgabenkritik, die Überarbeitung der Beteiligungsvereinbarungen (die auch auf Landtagsinitiativen ausgeweitet werden sollten), die Stärkung des ländlichen Raumes in Bezug auf innere und soziale Sicherheit. Da sich weitere Arbeitsverdichtung, erhöhte Krankenstände, Strukturänderungen, Fachkräftemangel und stetig steigende Altersdurchschnitte abzeichnen, komme der Weiterentwicklung der Demografiestrategie und dem Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements unter Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine große Bedeutung zu.

Für den Fall einer Novellierung des Personalvertretungsrechts sei eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe notwendig mit dem Ziel, die Mitbestimmung zu stärken. „Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes in Land und Kommunen identifizieren sich mit ihrer Arbeit für Bürgerinnen und Bürger“, so Knecht weiter. Es sei an der Zeit, mit dem Koalitionsvertrag auch das eigene Personal zu motivieren. Dazu gehöre auch, dass Schluss sein müsse mit Experimenten bei Besoldung und Versorgung.  
(05/34/16)

### **tbb im Gespräch über Verwaltungsreform**

**(dbb) Die Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform war Thema eines Spitzengespräches, zu dem der Landesvorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen Helmut Liebermann am 5. September 2016 mit dem Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Benjamin-Immanuel Hoff, zusammenkam.**

Der Minister teilte mit, dass die Landesregierung dem Anliegen von tbb und DGB abgeschlossen gegenübersteht, die personellen Regelungen zur Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform (VKGR) nicht tarifvertraglich, sondern in einem Personalüberleitungsgesetz zu regeln. Details dazu sollten in einer Arbeitsgruppe beraten werden, der Vertreterinnen und Vertreter des tbb, des DGBThüringen, der

Staatskanzlei, des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Finanzministeriums angehören. Weiter teilte Hoff mit, dass die von der tbb-Kommission Dienstrecht erarbeiteten Forderungen durch die Landesregierung geprüft werden. Die Landesregierung sagte eine umfassende Beteiligung der Beschäftigten zu.  
(06/34/16)

### **Ladebeck: Schluss mit der "Gutachteritis"**

**(dbb) Zu den Vorwürfen gegen Sachsen-Anhalts Ministerien, Verträge für Berater und Gutachten unter der Hand vergeben zu haben, hat sich der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, am 12. September 2016 geäußert. „Offenbar wird auch in Sachsen-Anhalt viel zu schnell, viel zu häufig und am Parlament vorbei externer Sachverstand über Beraterverträge und Gutachten eingekauft. Warum soll die Landesverwaltung mit ihren qualifizierten Mitarbeitern nicht das leisten können, was externe Berater und Gutachter schaffen?“, so Ladebeck.**

Viele öffentlich Bedienstete seien Betriebswirte, Juristen oder Ingenieure. „In der Landesverwaltung ist unter Schwarz-Rot durch Personalabbau viel Fach- und Sachverstand verloren gegangen. Die Folgen der Sparpolitik sind höhere Kosten und keine Parlamentskontrolle“, sagte der dbb Landeschef. Er forderte ein Ende der "Gutachteritis". Die Vergabe von Leistungen für Berater und Gutachten müsse auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

Laut MDR SACHSEN-ANHALT hatten Prüfer des Landesrechnungshofes stichprobenartig 360 Gutachten, Studien, Beraterverträge aus den Jahren 2010 bis 2013 mit einem Gesamtumfang von 24,9 Millionen Euro unter die Lupe genommen. Die meisten untersuchten Verträge wurden freihändig vergeben. In gut sieben von zehn Fällen wurden den Kontrolleuren zufolge Gutachter- und Beraterleistungen nicht ordnungsgemäß vergeben. Dabei sei es um Aufträge im Wert von 14 Millionen Euro gegangen.  
(07/34/16)

## Weselsky: Bahn muss für Entlastung der Lokführer sorgen

**(dbb) Vor den anstehenden Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn (DB) hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, eine tatsächliche Entlastung der Lokführer gefordert. Die Überstunden seien bisher im überwiegenden Teil ausgezahlt worden, kritisierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize am 12. September 2016 in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur. Zwar habe der ein oder andere Lokführer so mehr in der Tasche. "Aber die Forderung, wieder Überstunden zu leisten und Mehrarbeit zu bringen, die bleibt bestehen", sagte Weselsky.**

Neben der Forderung nach vier Prozent mehr Gehalt möchte der GDL-Chef deshalb mehr Entlastung für die Lokführer durchsetzen. Die offiziellen Verhandlungen sollen noch im September beginnen, bevor die Friedenspflicht ausläuft. Im Fokus stehe diesmal die so-

nannte Work-Life-Balance der Lokführer, also ein angemessener Ausgleich von Arbeits- und Privatleben. Deshalb fordere die GDL auch nur vier Prozent mehr Gehalt, erklärte Weselsky.  
(08/34/16)

## VBE unterstützt Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“

**(dbb) Am 19. September 2016 startet die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Das erste Bundesland, das sich an der Initiative beteiligt, ist Nordrhein-Westfalen.**

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), ist im Beirat des USBKM und Mitglied einer Konzeptgruppe des USBKM. Am 13. September 2016 machte er deutlich: „Schule ist ein Schutzraum. Kinder müssen sich sicher sein können, dass sie hier gut aufgehoben sind. Insbesondere müssen sie die Möglichkeit haben, sich Lehrkräften und anderem pädagogischen Personal anvertrauen zu können, wenn sie in der Schule selbst, im Familienkreis oder woanders sexuelle Gewalt erlebt haben. Der VBE erwartet zugleich, dass die Schulministerien die Schulen nicht nur dazu auffordern, Konzepte zu entwickeln, sondern ihnen auch

die nötigen Zeitressourcen dafür zur Verfügung stellen.“

Lehrkräfte brauchen klare Strukturen und Regelungen, wie sie in solchen Fällen handeln können. Hier setzt die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ an. Sie verfolgt das Ziel, dass die mehr als 30.000 Schulen in Deutschland Konzepte zum Schutz vor sexueller Gewalt entwickeln. Mit Schutzkonzepten manifestiert eine Schule, dass es an dieser keinen Raum für Missbrauch gibt und dass (und wie) Schüler Hilfe erhalten. „Ein Schutzkonzept ist ein sinnvoller Bestandteil der Schulkultur. Offenheit und Transparenz sollen helfen, das Tabu zu

durchbrechen. Nur so kann Betroffenen die Sicherheit vermittelt werden, dass ihnen schnell und unbürokratisch geholfen wird“, so Beckmann.

(09/34/16)

## VRFF lädt Seehofer zu Diskussion über ARD und ZDF ein

(dbb) Nach dem Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, ARD und ZDF zusammenzulegen, hat die Mediengewerkschaft VRFF den Politiker zu einer Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema nach Mainz eingeladen. „Wir wollen nicht Gesprächsgegenstand sein, sondern mitreden“, machte der VRFF-Bundesvorsitzende Ulrich Eichblatt am 12. September 2016 klar. „Herr Seehofer soll den Beschäftigten von ARD und ZDF sachlich darlegen, was er anstrebt und warum. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Arbeitsplätze und der ganzen Medienlandschaft.“

Der Vorsitzende der vrff-Betriebsgruppe beim ZDF Michael Funken ergänzte, Seehofer stehe als Mitglied des Verwaltungsrates in der Mitverantwortung für das ZDF, ebenso der bayerische Finanzminister Markus Söder als ehemaliges Mitglied im Fernsehrat.

Das ZDF sei seit Jahren Marktführer, die Akzeptanz in der Bevölkerung „eine Tatsache“, so Eichblatt weiter. Allerdings gebe es immer mehr Aufgaben für immer weniger Beschäftigte, „man ist dabei, uns kaputtzuspüren“. Die VRFF Mediengewerkschaft werde mit ihren

Betriebsgruppen in ZDF, den ARD-Anstalten und dem Beitragsservice (früher GEZ) in den kommenden Monaten eine Sachdebatte zu diesem Thema führen, kündigte Eichblatt an.

Seehofer hatte der „Bild am Sonntag“ (Ausgabe vom 11. September 2016) gesagt, die CSU wolle sich für eine Zusammenlegung von ARD und ZDF einsetzen. Das sehe ein vom Parteivorstand gebilligter Entwurf für das Grundsatprogramm der Partei vor, der im November beschlossen werden soll.

(10/34/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hat sich der Aktion "Respect each other" angeschlossen, die zu einem respektvollen Umgang miteinander und gegen eine Verrohung der Diskussionskultur aufruft. Als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin trete der dbb berlin grundsätzlich für Respekt gegenüber allen legalen Sicht- und Lebensweisen aller gesellschaftlichen Gruppen ein, begründete der Landesvorsitzende **Frank Becker** am 9. September 2016 diesen Schritt. Respekt fordere der dbb berlin aber insbesondere für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Es sei absolut inakzeptabel, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausübung ihres Amtes beleidigt, bespuckt oder gar geschlagen würden. Die Aktion "Respect each other" war vom Berliner Revuetheater Friedrichstadt-Palast gestartet worden.

Nach den Anti-Terror-Razzien in Norddeutschland hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, darauf hingewiesen, dass die wahre Identität

der registrierten Flüchtlinge oft nicht überprüft werden könne. Das liege auch daran, dass in vielen Fällen aus den Herkunftsländern die nötigen Daten nicht vorlägen, sagte er der "Magdeburger Volksstimme" (Ausgabe vom 14. September 2016). 80 Prozent der Ankommenden hätten keine Papiere. "Das ist ein Bedrohungspotenzial", so Wendt. Bei den Razzien waren drei Männer mit syrischen Pässen in Flüchtlingsunterkünften in Schleswig-Holstein festgenommen worden.

Für Lehrer sind digitale Technologien ein wichtiges Medium zur Unterrichtsgestaltung. Schüler können Aufgaben zum Beispiel direkt in Apps oder am Computer lösen. Und Lehrer sehen damit besser, was jeder Schüler kann. "Lehrer haben so mehr Möglichkeiten, Lerninhalte zu individualisieren", zitiert das Online-Portal n-tv.de am 13. September 2016 **Udo Beckmann**, den Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). "Auch Feedback oder Tests lassen sich so besser auf den einzelnen Schüler abstimmen." Bis das wirklich

geht, müsse allerdings noch einiges passieren. "Es fehlt in den Schulen noch an Infrastruktur", sagte Beckmann. Gemeint ist damit nicht nur die Hardware. Viele Schulen haben auch noch kein WLAN, viele Lehrer keine Dienstrechner

oder eine dienstliche E-Mail-Adresse, so der Experte. "Ohne das lassen sich aber die hohen Anforderungen an Datenschutz zum Beispiel gar nicht erfüllen."  
(11/34/16)

## Termine zum Vormerken

### 11. dbb Medienkonferenz

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem – Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"

Berlin, 19./20. September 2016

### 3. Seniorenpolitische Fachtagung

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"

Berlin, 26. September 2016